

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Muller'sches Sonntagsblatt.
Auffahrt für Drahtnachrichten
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Anzeiger für
Landwirtschaft, Holz- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

251

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2,55 M. bezogen 85 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.
Hachenburg, Freitag den 25. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsstelligen Belegteile ober deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

24. Oktober. Starke Kämpfe in der Vosniederung, den Feinden keine Vorteile bringen. Festige Angriffe des Mars an der Aisne werden ebenso an der Front.
25. Oktober. In der Vosniederung dauerten die Kämpfe an, an denen sich auch belgische Landeseinwohner auf deutscher Seite beteiligten. Der Feind wurde zurückgeschlagen. Fast 30 Kilometer breiter Front griff der Engländer bei Solesmes und Le Cateau an. Der Angriff wurde gestoppt und scheiterte. Ostlich der Aisne werden starke Tealangriffe. Auf beiden Maasufere größere Kämpfe der Amerikaner, die blutig zurückgeschlagen wurden.

Wilson's neue Antwort.

Waffenstillstandsvorschlag soll den Alliierten verbreitet werden. — Neue Bedingungen zur Sicherheit. — Wilson will nur mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln.

Sang, 24. Oktober.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht:

Vom Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz, Interim mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Mein Herr! Unter Berücksichtigung der von Ihnen am 20. Oktober 1918 an den Kongress der Vereinigten Staaten gemachten Mitteilung, dass Sie zu benachrichtigen, dass der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die deutsche Erklärung der deutschen Regierung an den 11. Oktober 1918, welche er in seiner Botschaft vom 11. Januar 1918 an den Kongress der Vereinigten Staaten vorgelegt hat sowie die Grundzüge einer Friedensordnung, welche in seinen folgenden Vorträgen und am 27. September verkündet wurden:

die deutsche Regierung wünscht, über die anstehenden Schritte und deren Anwendung Verhandlungen zu eröffnen und dass dieser Wunsch dieses Ziel nicht seitens der deutschen Regierung, die bisher Deutschlands Politik diktierten im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Führer, sondern eines Ministeriums, das für die Arbeit des Reichstags und für eine überwälzende Arbeit des deutschen Volkes spricht; nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, dass die Gesetze der Menschlichkeit der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfindet der Präsident, dass er sich nicht mehr weigern könne, den Verhandlungen, mit denen die Vereinigten Staaten verhandeln, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, dass der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erörterung vorgelegt er sich für berechtigt erachtet würde, ein solcher ist, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen alliierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie die Abmachung, welche getroffen werden müsste, genügend beaufsichtigen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden, den Regierungen, denen die Regierung der Vereinigten Staaten als führende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlage zurückgezogen, falls diese Regierungen geneigt sind, den ihnen zu den angebotenen Bedingungen und Grundbedingungen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland alliierten Regierungen die notwendigen Bedingungen des Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker völlig wahren würde und das unbedingte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, dass einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird besten konkreten Beweis dafür bilden, dass es die Bedingungen und Grundzüge des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion erfließt.

Der Präsident fühlt, dass es nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, den Grund würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen.

Es bedeutungslos und wichtig die Verfassungsänderungen sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Reiches in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint doch nicht, dass die Grundzüge einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind oder dass eine Bürgschaft besteht oder erlangen kann, damit die Verfassungsänderung und die Durchführung der

Wahregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein würden.

Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, dass künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, dass das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, dass sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen; dass die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten noch unzerstörbar ist, dass die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, dass der ganze Westfrieden jetzt davon abhängt, dass klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, dass die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und abermals zu betonen, dass beim Friedensschluss und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Herrscher Deutschlands.

Falls die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt verhandeln muss mit den militärischen Führern und mit den monarchistischen Autokraten Deutschlands, oder falls es wahrscheinlich ist, dass sie später hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches mit diesen zu verhandeln haben wird, so muss sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. ges.: Lansing.

Polen, Elsass, Dänen.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

dt. Berlin, 24. Oktober.

Man darf wohl sagen, dass die gestrige Reichstags-Sitzung die trübste seit dem Bestehen des Reiches gewesen ist; denn was auch immer im Reichstagsbau verhandelt worden ist, letzten Endes ging es doch um Größe und Einheit des Vaterlandes. Der gestrige Tag gehörte den Zerstückelern des Reiches, gehörte jenen, die nie mit ihrem Herzen bei uns waren und die nun, auf den Ruf Wilsons, dem Deutschen Reich in der Stunde der Not und Gefahr Fehde ansetzen. Dieser nationaler Schmerz war auf den Redner der Mäurer zu lesen, die als Vertreter des deutschen Volkes die Ansprüche der Polen, Elssässer und Dänen anhörenden, aus denen trotz mancher Versuche der Zurückhaltung doch der Ruf erklang: Los vom Reich.

Eine recht unerfreuliche Rede, der man die Freude an dem Weggang des Vaterlandes förmlich anmerkte, leitete die ewig denkwürdige Sitzung ein. Herr Haase rief an allen Bänden, aus denen wir jetzt bluten, er schützte jeden Halm, unterstrich jeden Fehler der inneren und äußeren Politik und malte in den schwärzesten Farben den Zusammenbruch des alten Systems, ohne auch nur den Versuch zu machen, der neuen Regierung den guten Willen zum fundamentalen Neubau zuzubilligen. Diese ungeheuerliche Rede eines deutschen Volksvertreters hatte den Boden für die kommenden Erklärungen vorbereitet.

Als erster trat der Abg. Dr. Stöckel auf den Plan, um die Forderungen der Polen zu vertreten. Nicht wie früher verlangten sie innerhalb des Reiches Gleichstellung mit den anderen Staatsbürgern, nicht mehr Anerkennung ihrer Eigenart, sondern glatte Weg die Loslösung vom Reich, dem sie doch, was ihnen auch sonst mißfallen haben mag, genau so Gedulden und Blüte verdanken, wie jedes Fleckchen Erde, das Bismarck's Meisterhand einst zum stolzen Bau des Deutschen Reiches zusammensetzte. Der große Staatsrechtler jenseits des Ozeans hat die Noten zu der Melodie geschrieben, die der Redner gestern spielte. Er machte nicht einzelne Forderungen geltend, aber seine Ausführungen ließen keinen Zweifel daran, welche Ansprüche seine Leute erheben und wenn noch jemand im Zweifel sein konnte, so klärte ihn die Bemerkung des Redners auf, dass aller Widerspruch (gegen die Abtretung urdeutscher Bodens) nur die Lust der Entente erhöhe, noch schärfere Garantien von Deutschland zu verlangen.

Und wie diese Rede eine glatte Abfolge an das Reich, die Ankündigung des unverbrüchlichen Willens zur Loslösung war, so waren auch die Darlegungen des Abg. Ricklin, der für die Elssässer sprach, eine unbedingte Verneinung des Reichsgedankens. Der Präsident der Zweiten elssässischen Kammer hob hervor, dass die Neuordnung in Elsass-Lothringen die Stimmung der Bevölkerung nicht in demselben Sinne beeinflussen könne. Man wußte, daß der Abgeordnete seit je mit seinem Herzen heimlich jenseits der Bogen weile und war demnach schmerzhaft überrascht, daß er in dieser un-

endlich bitteren Stunde kein versöhnliches Wort fand, das geeignet gewesen wäre, die Bitternis seiner Erklärungen erträglich zu machen. Mit starker Betonung schloß er, daß Elsass-Lothringen selbst über sein Schicksal bestimmen werde, denn durch Annahme der 14 Punkte Wilsons (wie sehr wird er doch von allen geliebt, die Deutschland hassen!) sei die elsass-lothringische Frage eine internationale Frage geworden. Nach diesen Worten vermochte die Erklärung des Abg. Hansen, daß er im Namen der Dänen die Lösung der nord-schleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlange, kaum noch tieferen Eindruck zu machen.

Ein wenig Licht über diese grauen Stunden gab die Rede des Grafen Bojadowitz, der sich zwar gegen das parlamentarische Regime erklärte, der neuen Zeit und ihren Forderungen aber Gerechtigkeit widerfahren ließ. Im Mittelpunkt des Tages aber stand die Rede des Vizekanzlers v. Bamer, der nach Herrn Haase das Wort ergriff und seine maßlosen Angriffe zurückwies, um dann die neue Regierung eingehend und mit auffallender Schärfe gegen die Ausführungen des Grafen v. Bismarck vom 20. August zu verteidigen. Wer auf dem Boden der neuen Zeit steht, wer die Neuordnung der Dinge bei uns für unerlässlich hält, wird den Ausführungen des Vizekanzlers zustimmen, die ein erneutes Bekenntnis zum Recht des mündig gewordenen Volkes und zu der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der weitesten Reise darstellte. Mit Recht dürfte Herr v. Bamer schließen, daß die neue Regierung mit der Saube eines guten Gewissens der ersten Entscheidung des Reichstages als eines Gerichtshofes entgegenstehe.

Es war der schwarze Tag in der Geschichte des deutschen Reichsparlaments. Aber wenn auch Schmerz auf allen Gesichtern zu lesen war, so doch auch wieder Hoffnung, daß wir auch durch diese Stunden hindurchkommen und, ganz und gar auf uns selbst gestellt, unser Leben als Volk neubauen werden.

Die Antwort der Regierung.

Dr. Solf über die Rationalitätenfrage.

In der Reichstags-Sitzung vom 24. antwortete Staatssekretär des Außern Dr. Solf auf die Wünsche der Polen, Elssässer und Dänen. Er führte aus: Die Regierung ist gestern von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundzüge des Präsidenten Wilsons ehrlich durchzuführen beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. Nachdem sie sich in ihrer Antwort an den Präsidenten auf den Boden seiner Botschaften gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln.

Was Elsass-Lothringen und Polen anbetrifft, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landestteile unter den 14 Punkten des Wilsonschen Programms ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regelung beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind.

Aberhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche Programm als die Grundlage des Gesamtfriedenswerkes angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen hin und in allen seinen Punkten loyal und im Sinne voller Gerechtigkeit und Billigkeit erfüllen. (Leb. Beifall.) Wenn aber der Herr Abg. Hansen behauptet, daß wegen der nord-schleswigschen Frage aus dem Prager Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde auf eine Volksabstimmung, so muß die Regierung diese Rechtsansprüche als irrtümlich ablehnen. Der Prager Frieden schuf endgültige völkerrechtliche Ansprüche lediglich zwischen den Vertragsparteien und diese Ansprüche sind im Jahre 1878 durch die Vereinbarungen aufgehoben. Außerdem liegt seitens der dänischen Regierung eine Anerkennung dieser Aufhebung durch den sogenannten Optantenvertrag vom Jahre 1907 vor.

Der Herr Abgeordnete Ricklin hat dann ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elsass-Lothringen eingeleitete Neugestaltung der Dinge. Die Regierung wird sich durch diese Kritik nicht abhalten lassen, den für gut und richtig erkannten Weg weiter fortzuschreiten. (Bravo.) Dem elsass-lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit, aus denen die jetzige Regierung hervorgegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Ricklin und seiner politischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichsständischen Abgeordneten verfolgt hat. (Hört! Hört!) Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer anderweitigen Lösung der elsass-lothringischen Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Redner der polnischen Fraktion hat es unternehmen, aus dem Punkte 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat zu begründen. Demgegenüber erkläre ich: Die deutsche Regierung hat, wie bereits betont, das Programm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich angenommen. Dies Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Verständigung und will nicht neue Gegenätze und neue Rivalen entstehen lassen.

Wenn der Redner der polnischen Fraktion erlauben
mich, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2 bis 3% polni-
scher Bevölkerung für das zukünftige Polen beantragt, so
setzt er sich in schreiendem Gegensatz zu den Grundsätzen des
Präsidenten Wilson (Lebte Just.). Nach diesen Grundsätzen
sollen nur Gebiete mit unzweifelhaft polnischer
Bevölkerung mit dem unabhängigen polnischen Staate
vereinigt werden. An keiner Stelle des Programms ist
gesagt, daß auch unbestreitbar deutsche Bevölkerungs-
teile einem künftigen Polen angegliedert werden sollen. (Sehr
richtig.) Eine derartige Auslegung des Satzes von dem
freien geschickten und zuverlässigen Zugang zur See nicht
im Sinne einer internationalen Vereinbarung, sondern im
Sinne einer territorialen Eroberung volksfremden Landes
widerpricht dem von Präsident Wilson verkündeten Recht
der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr.) Die pol-
nischen Ansprüche sollten auch polnischerseits in Einklang
gebracht werden mit dem Grundsatz, wonach nicht neue
Elemente von Zwist und Bitterkeit erzeugt werden dürfen,
die den Frieden Europas und damit der ganzen Welt
wieder Adren würden. (Sehr wahr.)

Ich kann dem Redner der Polen nicht verhehlen, daß
das Rechtsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewalt-
tätige Auslegung der Grundsätze des neuen Völkerrechts
auf schwerste Verletzung werden würde. (Sehr richtig.)
Gewalttätig sind die Ansprüche auf Landstriche, die durch
Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse
lebensnotwendig mit dem Deutschen Reiche verknüpft sind.
Glauben Sie mir, meine Herren, die deutsche Regierung
wird bei der Verhandlung dieser schwierigen Fragen sich
mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Polen
und jeder Vergewaltigung der Deutschen, jeder Lösung
widersetzen, die ein Zusammenleben beider benach-
barten Völker unmöglich machen und zu neuem
Haß, neuem Haß und neuen Konflikten führen
müssen. (Bravo.) — Wenn nun der polnische
Redner auch Erfordernisse aus den Kriegsjahren her-
leitet und in schärfster Form Kritik geübt hat an gewissen
Maßnahmen der preussischen Verwaltung, so brauche ich
wohl nur daran zu erinnern, was in diesem Kriege das
deutsche Volk und das deutsche Heer mit Gut und
Blut getan hat, bis es überhaupt möglich wurde, auf die
Plattform zu treten, auf der die Freiheit von Polen jetzt
geschaffen werden soll. (Sturm. Beifall.) (Abg. Korsant:
Geraubt und geküßelt haben sie!) (Großer Lärm rechts.
— Präsident Lehndorff ruft den Abg. Korsant zur
Ordnung. Es kommt zu einem stürmischen Zusammen-
stoß mit den Polen.) Staatssekretär Dr. Solf
fortfahrend: Es wird mir von polnischer Seite schwer
gemacht. Das demokratische Deutschland, dessen historische
Stellung zur polnischen Frage auch den Herren von der
polnischen Fraktion bekannt ist, hat den ersten erblichen
Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernd fried-
lichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieses
Ziel liegt zweifellos auch im Interesse des polnischen
Volkes, das zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung
die Beziehungen zum Westen nötig hat. Dieses Ziel ist
aber nur zu erreichen, wenn es ehrlich von beiden Seiten
angestrebt wird. (Sturm. Beifall.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• In letzter Zeit werden häufig Eingaben und Be-
schwerden in Bezug auf den Zustand der Verfassung und
auf Grund des Gesetzes über den Verfassungszustand
unmittelbar an den Reichskanzler, seinen Stell-
vertreter oder an das Reichsamt des Innern gerichtet.
Nach der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über
den Verfassungszustand vom 4. Dezember 1918 sind solche Be-
schwerden bei den zuständigen Militärbehörden einzu-
legen. Diese leiten sie an den Obermilitärbehörden
weiter, der im Einverständnis mit dem Reichskanzler
Entscheidung trifft. Es ist daher dringend zu empfehlen, alle
Beschwerden auf Grund des Verfassungszustandes an den zu-
ständigen Militärbehörden einzureichen, da andernfalls
nur unzureichende Berücksichtigung in der Angelegenheit
erwartet werden kann.

• Die aus Straßburg gemeldet wird, hat die Regierung
beschlossen, beide Kammern des elsass-lothringischen Land-
tages baldmöglichst einzuberufen. Der Termin der Einberufung
hängt von dem Zeitpunkt der Räumung des kurzzeit als
Lazarett benutzten Landtagsgebäudes ab, was voraussicht-
lich innerhalb der nächsten vierzehn Tage geschehen wird.
Dem Landtage werden mehrere wichtige Gesetzentwürfe
betr. die Neuorganisation in den Reichslanden vorgelegt werden.

• Die Parlamentarisierung in Sachsen macht schnelle
Fortschritte. Nachdem das gleiche, direkte und geheime
Wahlrecht nach dem Verhältniswahlrecht gesichert ist, be-
ginnt man mit der Reform der Ersten Kammer und einer
Umwandlung der Regierung. Finanzminister v. Seydewitz
und Kultusminister Dr. Beck haben ihre Entlassung nach-
gesucht. In den letzten Ministerberatungen in Gegenwart
des Königs und des Kronprinzen ist die Errichtung eines
Arbeitsministeriums beschlossen worden, an dessen Spitze
ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter kommen soll.
Die Ausgestaltung des Kabinetts wird schnellstens ge-
schehen, da sich die neuen Kammern bereits dem zusamen-
tretenden Landtag präsentieren sollen.

Osterreich-Ungarn.

• Im ungarischen Parlament erklärte sich Minister-
präsident Wekerle für die Fortsetzung der Friedens-
bestrebungen. Es gelte jetzt aber alle Kräfte der Nation
zur Landesverteidigung zusammenzufassen. Deshalb werde
das Kabinett zurücktreten. Bis zum Antritt eines neuen
werde das Kabinett dafür sorgen, daß die ungarischen
Soldaten in die Heimat zurückkommen, um die Landes-
grenzen zu schützen.

Polen.

• Die Kabinettsbildung ist immer noch nicht vollzogen
und wird angeht die allgemeine politische Lage auch
wohl noch auf sich warten lassen. Inzwischen beginnt der
Parteienstreit ganz — wie in alter Zeit. Nach den neuesten
Meldungen soll der Präsident der zwischenparteilichen
Klub, Zwierzycki, Ministerpräsident werden. Die
Polener Polen haben durch ihre Vertreter erklären lassen,
daß sie sich dem Programm dieses zwischenparteilichen
Klub anschließen. Den Posten des Ministers des Aus-
wärtigen soll der Abgeordnete Seyda, nach einer anderen
Version der Legationsrat der österreichischen Gesandtschaft
in Bern, Skrucynski, erhalten. Man sieht, daß die Dinge
stark im Fluß sind und daß man noch nicht weiß, wie sie
sich gestalten werden.

Holland.

• Die Regierung hat bei der Zweiten Kammer einen
Antrag für eine Anleihe von 350 Millionen Gulden
eingereicht. Die Anleihe wird mit 5% verzinst werden.
Falls nicht wenigstens 300 Millionen gezeichnet werden,
wird eine Zwangsanleihe erfolgen, wobei Personen,
die über 75 000 Gulden Vermögen oder über 10 000 Gulden
Einkommen haben, sich nach ihrem Vermögen oder Ein-
kommen beteiligen müssen. Diese Zwangsanleihe wird
mit 3 1/2% verzinst. Die aufzubringenden Summen sollen
vor allen Dingen zur Deckung der Mehraufwendungen
während des Krieges verwendet werden.

Türkei.

• Aus der Programmrede des neuen Großvezirs ist
zu entnehmen, daß die Regierung ihre vornehmste Aufgabe
in der Herbeiführung eines Friedens sieht, der dem Lande
endlich Ruhe gibt, die es seit acht Jahren durch fort-
währende Kriege entbehrt. Vor allem soll durch Reformen
das innere Gleichgewicht hergestellt und der Friede mit
den Feinden auf der Grundlage des Wilsonschen Programms
herbeigeführt werden. Die Kammer hat dem Kabinett
fast einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Aus In- und Ausland.

Wien, 21. Okt. Die österreichische Antwort an Wilson,
die in den nächsten Tagen abgefaßt werden soll, wird auf
die Reformbewegung hinwirken. Deren Entwicklung gewisse
Zeit beanspruche, und daß daher eine Abhängigmachung der
Waffenstillstände- und Friedensverhandlungen davon nicht
ausgeschlossen wäre.

Frankfurt, 21. Okt. In Manchester führte Sir Stanley aus,
das Steinkohlenproblem in England könne in diesem
Jahre nicht gelöst werden, wenn nicht bald Frieden geschlossen
würde.

Deutscher Reichstag.

Dritter Tag der Aussprache.

(195. Sitzung.) OB. Berlin, 21. Oktober.
Im äußersten Hause herrscht lebhafteste Spannung;
man erwartet die Erklärung der Regierung zu den Forde-
rungen, die Polen, Estländer und Dänen gestern geltend ge-
macht haben. Dr. Solf erteilt diese Antwort im Sinne
der neuen Regierung. Im übrigen zeigte die Sitzung das
übliche Bild der Tage, an denen große politische Aus-
sprachen stattfinden.

Sitzungsbericht.

Am Bundestratstische: v. Bayer, Dr. Solf, Scheich,
Schiedemann, Erberger.

Die gestrige Beratung der Entwurfs zur Abänderung der
Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertreterung
des Reichskanzlers wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf: Der Redner
des Zentrums hat vorgeschlagen unsere Truppen in Süd-
amerika gegenüber dem schweren Vorwurf, daß sie beim
Hilfszug durch Flandern und Nordfrankreich

völkerrechtswidrige unmenschliche Handlungen
sich hätten zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn
Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen
Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem
Herrn Redner recht eilt. Im Einvernehmen mit dem Gene-
ralgouverneur in Brüssel hat der spanische Botschafter im Haag,
Mammas de Villalobar, am 18. Oktober gemeinschaftlich mit
den Vertretern der französischen Interessen, dem niederländischen
Gesandsträger Herrn van Vollenhoven, dann mit einem
Vertreter des Ernährungsamts in Belgien, Bree, die deutsche
Truppe besichtigt. Sie haben anerkannt, daß die deutschen Mil-
itärbehörden alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um
sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Be-
wohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind,
zu lindern. (Hört! Hört!) Sie haben im einzelnen festgestellt,
daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der
Verdichtung vor Veränderung Schutz zu gewähren (Hört, hört).
Ihre Ernährung sicherzustellen und die Krankheiten zu retten.
Der Staatssekretär wandte sich dann an den von Polen, Est-
länder und Dänen aufgeworfenen Tragen. (An anderer
Stelle wiedergegeben.)

Nach dem Staatssekretär Dr. Solf ergriß das Wort
Kriegsminister v. Scheich: Nachdem der Kaiser und König
mich zum Kriegsminister ernannt hat, habe ich heute zum
erstenmal die Ehre, in dieser Eigenschaft vor diesem hohen
Hause zu sprechen, in feierlichen, schweren Tagen, aber nicht
in verzweifelten Tagen, und daß es nicht verzweifeltes La-
ge ist, das liegt bei uns, bei unserem Heer, unserer Volks-
kraft und Tüchtigkeit. (Beifall.)

Das Heer ist nicht geschlagen.

Die Heimat ist nicht zusammengebrochen. (Beifall.) Überall
sind die Kräfte vorhanden, geeignet, uns zu erfolgreichem
Widerstand zu befähigen. Diese Kräfte zu beleben, sie stets
dem Frontkampf dienlich zu machen, ist meine vornehmste
Aufgabe. Der Kriegsminister bittet um das Vertrauen des
Hauses und erklärt, daß er jeder Kritik Rede und Antwort
stehen werde, wenn sie sachlich ist. Es ist behauptet worden,
1918 seien die Munitionsbestellungen vermindert worden.
Diese Behauptung ist falsch. Der Tatbestand ist folgender:
Im Herbst 1914 wurde das Graugussgeschloß als Ausbilde ein-
geführt. Diese Ausbilde mußte aufhören, als die Herstellung
der Stahl- und Stahlgussgeschosse zahlenmäßig auf der Höhe
war. Das war 1916 der Fall. Mit diesem Zeitpunkt mußten
also die Bestellungen an Ausbildegeschossen vermindert werden.
Verminderungen in der Graugussbestellung haben wohl in
einzelnen betroffenen Industriebetrieben den Eindruck allge-
meiner Verminderung hervorgerufen. Die Gesamtmunitionsbestel-
lung ist in keinem Ausmaß gesunken. Der Munitionsbestel-
nachschub ist dauernd ungeschwächt und entrichtet trotz hohen
Munitionsverbrauchs und trotz Munitionsverluste in volstem
Umfange den Erfordernissen der Kriegsführung. (Beifall.) An
die Panzerwagen

ist die Forderung zu stellen, daß sie in jedem Gelände fahren
und auch schwierige Hindernisse überwinden können. Wir
hatten schon vor dem Kriege Panzerwagen, aber sie erfüllten
diese Forderungen nicht. Erst die amerikanische Erfindung der
einfachen Haufenketten brachte die Lösung. 1916 erschienen
die ersten Tanks an der englischen Front an der Somme.
Sofort setzten dann die Vorarbeiten für deutsche Panzerwagen
bei uns ein, und im Mai 1917 waren die ersten Probewagen
fertig. Eine Verstellung in weitem Umfang war bei uns
nicht möglich, da die Industrie durch das Hindenburg-
programm voll in Anspruch genommen war. Wir waren in
dieser Beziehung im Nachteil, weil den Feinden die Industrien
der ganzen Welt zur Verfügung standen. Dafür wurde sofort
der Landabwehr die gebührende Beachtung geschenkt und ständig
erfolgreich weiter ausgebildet. Dr. Stresemann hat unseren
kriegstechnischen Dienst bemängelt. Ich erinnere demgegen-
über an die schweren Stelfeuergeschosse, die zu Beginn des
Krieges eine erhebliche Rolle gespielt haben. Ferner wolle ich
auf die schweren Flachfeuergeschosse hin, deren große hallstills-

stellungen noch vor kurzem die Welt in Stimm-
haben. Ich schreibe mit der Bitte um Vertrauen
Silfe. Der Reichskanzler hat gesagt, daß wir dem
Menschen, Mittel und Mut zuführen müssen. Dann
Sie beitragen hier und im Lande, und daran müssen Sie
mühen. Wir müssen jetzt, wenn die Notwendigkeit
sich ergibt, unter Umständen dem Verzicht auf gewisse
Gebiete den deutschen Kampfwillen entgegenstellen.
wiederholter Vorkauf recht. — Unruhe und Durst
Abg. Koste (Soz.): Der Kriegsminister hat offen-
bar nicht begriffen, um was es sich in Deutschland
handelt. Das gerade die Erklärung des Krieges
so aus dem üblichen Rahmen herausfiel, wundert uns
Wir haben nie daran geglaubt, daß die Vertreter des
militärischen Systems sich umlernen würden. (Lärm
rechts links: Absagen!) Aber das wird anders werden
kanonischen und englischen Imperialisten jubelten

Wir werden nie auf die deutsche Stadt Danzig ver-
zichten. (Beifall.) Eine Abtretung der deutschen Kolonien
Orient wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden.
Bücherverständigung hat zur Voraussetzung, daß auch
Land an der Erschließung und Kultivierung
einen gefährlichen Anteil erhält. Jetzt kommt
um seine nackte Existenz gegen feindliche Eroberer
Niemand darf daher dem Vorkauf die Mittel ver-
es war immer bedroht. (Lärm d. d. u. Soz.): Auch
nor Paris handelt? Anzahl, auch dann. Der
Krisenstille wird durch deutschen Verzicht nicht ge-
sehen wir jetzt.

Unter Volk ist gar nicht verjagt.
Anwesend sind in der Tat nur die Jän-
 ihre Herrscher. Nicht Scheibemann und Erberger haben
Munitionsbestellung gemacht, sondern der Kron-
Sindenburg und Ludendorff. Nicht die Konventionen
Abrechnung zu fordern, wir werden sie fordern. Graf
hat gestern der Hofnung auf bessere Zeiten unter einer
Monarchie Ausdruck gegeben. Heute trat die Sache
es unehrlich wäre, zu verschweigen, daß Beifall im
eine große Hilfe des Trägers der Krone ausblieben wäre.
Staatssekretär des Innern Trimborn: Die
Beratung der Deutschen Friedensgesellschaft pol-
verbündet worden. Ich sehe nicht an, mein leibhaftig
bauern darüber aufzuklären, daß diese Veramm-
aufstunde gekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß
gender Erklärung: Bündel stelle ich fest, daß die
des früheren Kriegsministers vom 8. Juli 1918
Verhinderung von Veramm-ungen gewisser Frieden-
schaften aufgehoben werden ist. (Beifall.) Dann
dem Verlangen der Mehrheit dieses Hauses
getragen. (Beifall.) Weiter habe ich zu erklären
sammlungen der Friedensgesellschaften sollen in der
gestaltet werden. Ich werde Sorge treffen, daß gemäß
Programm der Regierung die Bestimmungen über
Belagerungszustand genau durchgeführt werden.
die nicht geeignet sind, oder sich nicht für geeignet hal-
der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewiss
und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte
schreiben. (Lebhafter Beifall.) Die Einheitlichkeit der
reguliert wird auch auf diesem Gebiete unter allen Um-
gewährleistet werden. (Erneuter leb. Beifall.)

Abg. Kretsch (Soz.) beklagt, daß die Konventionen
den letzten 40 Jahren regiert hätten.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Sindenburg und
hätten schon früher und nicht erst jetzt vorzuschieben
daß es nicht weiter ging. Als er die Forderung aufstellte
der unheilvolle Einfluß des Kaisers beseitigt werden
wird er zur Ordnung gerufen. Er sagt noch hinzu, daß
Partei nicht einzelne Personen bekämpfe, sondern die
Schaffung des ganzen monarchischen Systems verlange.
die Polen sich auf ihr altes Recht berufen, so können sie
Oberflächen Anspruch erheben, aber nicht auf Danzig
Belagerungen.

Reichskanzler v. Bayer: Der Herr Redner hat einen
von einer russischen Zeitung veröffentlichten Brief des
an den Herren erwähnt. In dem Briefe spricht sich der
abfällig über die sozialdemokratische und Zentrumspartei
Reichstages aus. Dieser Brief liegt aber 21 Jahre
einzelne Äußerungen haben nichts zu bedeuten gegen-
flaren Stellungnahme des Kaisers an der Neugeburt
Reiche und in Preußen.

Nachdem noch Kriegsminister Scheich Auserungen
Abg. Koste zurückgewiesen hatte, wird die Ausbilde
geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen, worauf
Haus sofort in die zweite Lesung eintritt. Die beiden
fassungsnovellen wurden mit dem Zusatzantrag der
parteien angenommen, wonach zu jeder Kriegserklärung
die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages
fordern ist. Staatssekretär Trimborn hatte namens
Regierung die Zustimmung dazu erklärt.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung das
transzendentes für den Reichskanzler mit 193 gegen 52
der 23 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen
konservative und unabhängige Sozialisten, während
Polen der Stimme enthielten.

Nosgen dritte Beratung.

Überall erfolgreiche Abwehr.

Belastete Landesbewohner nehmen teil an den
Mitteilungen des Volklichen Telegraphen-Bureau
Großes Hauptquartier, 24. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Vos-Niederung dauern Teilkämpfe an.
westlich von Dinze schlug die seit 14. 10. im
bewährte 52. Reserve-Division unter General
Walldorf erneute Angriffe des Feindes an der
Dinze-Baregem ab. Weiderseits von Dinze
uns in vorletzter Nacht vom Gegner etwas ab
den Feind, der gestern in der Gegend von Rattel
griff, zurück.

Auf feindlicher Seite haben sich belgische
woher an diesen Kämpfen beteiligt. Tournai und
etwas lagen unter englischem Feuer. Bei Tournai
in der Scheide-Niederung erfolgreiche Vorfeldkämpfe.
Weiderseits von Solesmes und Le Cateau haben

Erkrankung des Grafen Schwerin-Löwit.

Berlin, 24. Okt. Graf Schwerin-Löwit, der Präsident des vereinigten Abgeordnetenhauses, des Deutschen Landwirtschaftsraates und des Landesökonomienkollegiums, ist an der Grippe erkrankt und muß das Bett hüten. Es ist ihm leider in der nächsten Zeit unmöglich, seinen vielseitigen Verpflichtungen nachzukommen.

Kein Privatpasseverkehr mit Belgien.

Berlin, 24. Okt. Der Privatpasseverkehr von und nach dem Generalgouvernement Belgien muß bis auf weiteres eingestellt werden. Die Reichs-Postanstalten und deutschen Postanstalten in Belgien haben daher Anweisung erhalten, Privat-Pässe nicht mehr anzunehmen.

Deutsch-österreichische Kommission in Berlin.

Wien, 24. Okt. Die Abgeordneten Renner, Schreitter, Friedmann, Vint. Dr. v. Longenan, Baron Vans begaben sich im Auftrage des Beistehungskomitees der deutschen Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei den maßgebenden Stellen für die Ernährungsfragen vorzusprechen.

Graf Karolyi ungarischer Ministerpräsident.

Wien, 24. Okt. Wie verlautet, ist Graf Karolyi zum Ministerpräsidenten in Ungarn ernannt, Graf István Andrássy zum Minister des Innern.

Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen.

Wien, 24. Okt. Zwischen dem deutschen und tschechischen Nationalrat werden in den nächsten Tagen die Verhandlungen beginnen unter Ausschaltung der bisherigen K. und K. Regierung.

Konstituierung des ukrainischen Staates.

Wien, 24. Okt. Wie die Blätter berichten, erdient gestern das Präsidium der ukrainischen Konstituante beim Ministerpräsidenten Karolyi um ihm zur Kenntnis zu bringen, daß sich der unabhängige ukrainische Staat, der sich über alle ethnographisch ukrainischen Gebiete der Monarchie erstreckt, konstituiert habe. Der Ministerpräsident nahm die Erklärung zur Kenntnis.

Kroatien in der Hand des Nationalrats.

Zadar, 24. Okt. Im Abgeordnetenhause wurde mitgeteilt, in Kroatien sei die bisherige Ordnung aufgehoben. Der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben hat die Zentralgewalt übernommen. Die serbischen Kriegsgefangenen wurden freigelassen.

Neues Ministerium und Wehrpflicht für Polen.

Warschau, 24. Okt. Das neue Ministerium hat sich gebildet: Premierminister Szwierkowski, Außenminister Dr. Gombinowski, Innenminister Czajkowski (Warschau), Unterrichtsminister Janczowski, Witold Gellhornski, früher Rechtsanwalt in Polen, Landwirtschaft: Stanislaus Grabski, Finanzen: Dr. Englich (Polen), Direktor der Bank Zwianowski, früherer Rechtsanwalt. Das Ministerium für Krieg ist bisubstituiert.

Der polnische Regimentsrat hat in einer Kundgebung die allgemeine Wehrpflicht proklamiert und fordert den Jahrgang 1897 einberufen. Jede Kommission im Lande sollen die militärische Einziehung organisieren. Daneben soll die freiwillige Werbung weitergehen.

Friedensstimmung der Londoner Börse.

London, 24. Okt. Die Ausfahrungen der deutschen Note wurden an der Londoner Börse als Fortschritt für die Friedenssichtungen aufgenommen.

In Ostende nichts zerklüftet.

Brüssel, 24. Okt. Aus Le Havre wird gemeldet, in Ostende sei nichts zerklüftet außer der Wasserleitung und den elektrischen Werken.

Gedankenaustausch Paris-Washington.

Genf, 24. Okt. Der Gedankenaustausch zwischen Paris und Washington über den Waffenstillstand ist seit Montag in vollem Gange.

Frankreich und der Waffenstillstand.

Basel, 24. Okt. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Paris, in Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahesteht, ist man der Auffassung, daß der Zeitpunkt nähergerückt ist, wo sich Frankreich direkt mit der Frage des Waffenstillstandes zu befassen hat. Es ist festzustellen, daß seitdem Clemenceau in seiner letzten Rede die Revanchepolitik ablehnte, auch die Haltung der nationalistischen Presse etwas gemäßigter geworden ist. Die „Humanité“ hält die Vorausbedingungen für den Waffenstillstand für nahezu erfüllt, ebenso die übrigen sozialistischen Blätter, die sich auf die hinter ihnen stehende gesamte öffentliche Meinung berufen.

Neuformulierung der 14 Grundzüge Wilsons gefordert.

Basel, 24. Okt. Eine New Yorker Meldung des „Times“ besagt, der Senat der Vereinigten Staaten habe ausdrücklich mit großer Mehrheit die Neuformulierung der 14 Grundzüge Wilsons verlangt.

Angriffspläne der Alliierten gegen Holland?

Bern, 24. Okt. Das dem französischen Ministerium des Innern sehr nahestehende „Echo de Paris“ läßt durch seinen militärischen Mitarbeiter eine vielversprechende Äußerung veröffentlichen, in der es heißt: In diplomatischen gutunterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß Eintreffen der alliierten Armeen im Scheidegebiet werde demnächst das ernste Problem der Souveränitätsrechte anrollen, die Holland sich über die Scheidemaßnahme angewandt habe. Am 4. August 1914 habe sich Holland zum einzigen Souverän über die Wäldung proklamiert, sie der Kriegsschiffahrt verfallen und so die alliierten Flotten verhindert, Antwerpen zu unterstützen. Die Alliierten hätten Holland dieses Recht nicht anerkannt.

Holland und die Scheldefrage.

Osag, 24. Okt. Im „Nieuwe Courant“ schreibt der holländische Politiker Simons: Wenn Wilsons Idealismus der Herrschaft der Ententeheger geopfert wird, dann werden auch für Holland schwere Zeiten kommen; dann werden die blinden holländischen Entente Freunde zu spät bemerken, daß ihre flamenfeindliche Gesinnung und ihre Lohhuberei für alles Belgische schließlich mit dem Staub holländischen Gebiets bezahlt werden. Aber vielleicht ist es für das holländische Volk eine bittere Notwendigkeit, damit es endlich von seiner irdischen Vorliebe für alles Französische geheilt wird und begreift, daß Hollands Interessen bei einem flämischen Flandern liegen.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 25. Oktober.

Die militärische Verwendbarkeit. Zur Beseitigung falscher Auffassungen wird darauf hingewiesen, daß Wehrpflichtige keinen Anspruch auf Verwendung an einer bestimmten Stelle oder an einem bestimmten Ort, außerhalb der Gefechtszone, im Felde, in der Etappe oder in der Heimat haben. Der Verwendungsort wird vielmehr nach Maßgabe der Tauglichkeit durch die jeweiligen Bedürfnisse des Heeres bestimmt. Die nähere Erläuterung der Tauglichkeitsgrade gv. und av. durch die Zusätze „Feld“, „Etappe“ oder „Heimat“ erfolgt lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Erläuterung der militärischen Grundbe-

dingung der Leute. Viernach entspricht es der Bezeichnung, wenn gv. oder av. Heimateute nach Maßgabe ihrer Tauglichkeit auch im Felde oder in der Etappe verwendet werden. Die Bezeichnung „Heimat“ hat in diesem Falle nur die militärische Bedeutung, daß diese Leute im Felde oder in der Etappe zu solchen Dienstleistungen herangezogen sind, die denen in der Heimat entsprechen, denen sie mithin körperlich gewachsen sind. Ferner ist die irtige Ansicht verbreitet, daß av. eine mindere Verwendungsort bedeutet als gv. Beide Begriffe stehen nebeneinander, nur mit dem Unterschiede, daß die als gv. befundenen Leute für den Waffendienst, die als av. befundenen Leute nur für den Arbeitsdienst in Frage kommen.

Dreifelden, 24. Okt. Dem Kirchenrechner Christian Groß von Dreifelden ist aus Anlaß seines Scheidens aus dem Kirchenamte das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens Allerhöchst verliehen worden. Er hat das Amt als Kirchenrechner in aller Treue und Gewissenhaftigkeit geführt. Schon im Jahre 1907 erhielt Herr Christian Groß das Allgemeine Ehrenzeichen als Gemeindefrechner. Möge derselbe die wohlverdienten Auszeichnungen noch lange recht gesund und froh tragen.

Siegen, 24. Okt. Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr war zum ersten Male in Siegen und Weidenau Fliegeralarm. Die Alarmglocke der Nikolaitirche läutete und die Sirenen der Bremerhütte und der Holandschütte ertönten. Die Flieger waren auf dem Wege von Dillenburg nach Albn gemeldet. Der Alarmzustand dauerte 1 Stunde und 10 Minuten.

Frankfurt a. M., 24. Okt. Die Stadtverwaltung hat durch ihre Beteiligung an der Milchversorgung der Bürgerschaft bis zum 31. März 1918 einen Verlust von 5342486 M. erlitten. Der Verlust ist in erster Linie auf das System der Einstellwirtschaft von Röhren bei Landwirten zurückzuführen. Infolgedessen ist man zum Abbau dieses Verfahrens übergegangen und hat dafür die Zuschußwirtschaft zur Einführung gebracht, die bisher beschriebene Ergebnisse zeigte. Wenn auch dieses Wirtschaftssystem erhebliche Kosten verursacht, namentlich in der Beschaffung der sehr teuren Futtermittel, so liefert es doch eine an Güte und Menge ausgezeichnete Milch, als dies beim Einstellverfahren der Fall war.

Nah und Fern.

Ungeziefervergiftung durch Gas. In Kofstätt hat man kürzlich eine neue Methode der Ungeziefervergiftung erfolgreich angewandt. In die Leopoldfaserne wurde Gas eingelassen, das man 12 Stunden lang wirken ließ. Alles Ungeziefer, von der Wanze bis zur Ratte, war nach dieser Maßnahme vernichtet. Sperrlinge und Tauben, die in die Gaszone garteten, fanden leider ebenfalls den Tod.

Verkehr bei der Eisenbahnbeleuchtung. Schon vor einiger Zeit ordnete der preussische Eisenbahnminister an, die Abteile der Personenwagen nur solange es unbedingt erforderlich ist, zu beleuchten und von der Kleinbeleuchtung der Lampen soviel wie möglich Gebrauch zu machen. Jetzt werden auch die Einschränkungen in der Personenwagenbeleuchtung während der Fahrt durchgeführt. Bei den mit Gasaluflicht beleuchteten D-Zugwagen sollen alle Lampen im Seitengänge bis auf die im Übergangsbereich zunächst liegenden Lampen unbeleuchtet bleiben. Bei den elektrisch beleuchteten Wagen werden zwei Lampen im Seitengänge und die Lampen in den Abteilen über den Fenstern nicht mehr gebrannt werden. In den Personenwagen 2., 3. und 4. Klasse, in denen zwei Abteile durch eine halbhohle Wand getrennt sind, wird eine der beiden Lampen außer Betrieb gesetzt. In den Abteilungen mit drei nebeneinanderliegenden Abteilen, die durch halbhohle Wände getrennt sind, wird nur noch die mittlere Lampe benutzt. Die Aborte werden wie bisher beleuchtet bleiben. Im Berliner Stad-, Ring- und Vorortverkehr wird von einer Einschränkung der Abteilbeleuchtung abgesehen.

Wohnungsnot in München. Seit einigen Tagen ist in München keine einzige Wohnung frei. Der Magistrat fordert deshalb die militärische Räumung der drei größten Ausstellungshallen im Ausstellungspark. Das Kriegsministerium willfahrte diesem Wunsche, und die drei Hallen wurden als Notwohnungen hergerichtet.

Prinz Heinrich 31. Reuß wird Graf v. Hohenleuben. Der regierende Fürst Reuß j. L. hat dem Prinzen Heinrich 31. Reuß den Austritt aus dem fürstlichen Hause gestattet und ihm gleichzeitig die reichliche Grafenwürde mit dem Namen v. Hohenleuben verliehen, mit der Maßgabe, daß der Prinz für seine Person und seine Gattin den Titel eines Prinzen bzw. einer Prinzessin von Hohenleuben führen darf. Prinz Reuß, der gegenwärtig militärisch beschäftigt ist, war noch während des Krieges deutscher Gesandter in Teheran.

Bermischtes.

Übergläubigkeit von heute. Einige Fälle heute noch existierenden Übergläubens erzählt Henny Puffarten in der Zeitschrift „Niederachsen“. So berichtet sie: Einmal wurde unter Pferd so krank, daß der Wärgart nicht gleich feststellen konnte, um was es sich handelte. Da war das Pferd „vom bösen Blick betroffen“. Es wurde für unverantwortlich erklärt, daß mein Vater nichts Rotes am Pferdegeschirr hatte, daß „söge den bösen Blick ab“. Von da ab fiel es mir auf, daß oft ganz unmotiviert etwas Rotes an einem Pferdegeschirr zu sehen ist. Einmal sah ich einen einfachen Landmann mit einem kleinen Bretterwagen, am dem einen Strang des Geschirrs war eine rotwollene Schleife gebunden. Von übergläubischen Sitten zählt die Verfasserin folgende recht merkwürdige auf: Wenn der Tisch gedeckt ist, und es wird nicht gleich gegessen, dann wird der eine Bissel des Tischs hochgelegt — sonst müssen die Engel zu lange beten. Liegt die angelegene Seite des Brotes nicht an der Tischkante, so wird es umgedreht, sonst schiebt die Liebe aus dem Haus; wenn das Brotmesser mit der Schneide nach oben liegt, dann schneidet sich der Engel des Friedens die Wirtliche. Das darf ein Tisch nicht abends auf dem Tische liegen bleiben, damit löst man den Fuß an Gass. Unverständlich

ander mit frisch eingesehten Divisionen auf fast 30 Meilen breiter Front seine mit großen Bienen angelegten Angriffe wieder auf. Am Horpies-Grunde ist sein Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wiederholten Angriffen ließ er im Laufe des Tages beiderseits Komertes bis in Gegend von St. Martin und Mes und mit Teilen auf Beudignies vor.

In der Mitte der Schlachtfrent brachten wir den westwärts der Römerstraße Le Cateau-Bavala vgreifenden in der Linie Boig-Boufies zum Stehen. Südlich Boufies haben die schon in den letzten Schlachten bewährten Radfahrtruppen weiteres Vordringen Segners verhindert. Südlich von Le Cateau sind die Anstürme des Segners völlig gescheitert.

Zwischen Bommereuil und Catillon kämpfende schleswig-holsteinische, mecklenburgische, hanseatische und württembergische Regimenter haben gegen gewaltige Übermacht Stellungen behauptet. Das Füsilier-Regiment Nr. 122 unter seinem Kommandeur, Oberst v. Albert, hat hier Vortreffliches geleistet. Südlich von Catillon blieben die gegen Samdre-Nise-Kanal vordringenden Angriffe vor diesem unserer Feuer liegen.

Zwischen Oise und Serre zeitweilig Artilleriekampf, auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe. Sie wurden in unserem Feuer und durch Gegenangriffe abgewiesen. Teilangriffe des Segners gegen den südlichen Abschnitt nördlich von Bierrepoint scheiterten. Das bewohnte und mit Flüchtlingen angefüllte Montcornet unter hartem französischem Feuer.

Ostlich der Mäine beschränkte sich der Feind gestern sehr stark durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe gegen die Höhen nördlich von Bouziers gegen vierzig Ansturm gehalten. Ostlich von Bouziers taten in den letzten Kampfen Teile der 1. Garde-Infanterie-Division unter Major Graf v. Eulenburg besonders vor. Zwischen Oisay und Grandpré schlugen elsässische und württembergische Regimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Infanterieregiment Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kommandeur Major Stebbe besonders bewährte.

Auf beiden Massieren nahmen die Angriffe der Franzosen wieder größeren Umfang an. Aus den Wäldern von Bantreville und nördlich von Sanel stürzten mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet auf unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen und erlitten in unserem zusammengefaßten Feuer besonders große Verluste.

Ostlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die Höhen beiderseits der Straße Compogne-Damouillers zum Abend an. In hartem Kampf und in erfolgreichen Gegenstößen warfen brandenburgische und schlesische Bataillone den mehrfach anstürmenden Amerikanern zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. In heftigen Gebirgskämpfen haben unsere Nachbarn das Bezirken neuer Anlagen beiderseits von Barafin gesichert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf über Kriegsanleihe:

Es ist mir unverständlich, daß manche glauben, durch den Wechsel der Regierung oder in der Reichstagsvertretung könnte die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im geringsten gefährdet sein.

Solf

U-Boot-Beute im September.

440 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 24. Oktober.

Amlich wird gemeldet: Im Monat September haben die U-Boote rund 440 000 Br.-Reg.-To. des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffsräume versenkt.

Nach neuen Nachrichten sind außerdem weitere 600 Br.-Reg.-To. Schiffsräume durch unsere kriegerischen Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingeschleppt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wenn man die Septemberbeute mit den Bissen anderer Monate vergleicht, so erscheint sie zunächst ein wenig klein. Indes darf man nicht vergessen, daß sich die U-Boote der Schiffsverfehr auf den Weltverkehrsstrassen immer mehr vermindert. Dazu kommt, daß die feindliche U-Boot-Verfehr in den besten Nächten außerordentlich stark ist. Immerhin zeigt das Ergebnis, daß die U-Boot-Waffe unverdrossen ihre Pflicht tut.

Schlußdienst.

Wahl- und Korrespondenz-Meldungen.) Annahme des gleichen Wahlrechts im Herrenhause. Berlin, 24. Okt. Das preussische Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung die drei Wahlrechtsvorlagen mit der Änderungsbefugnisse der Kommission (Regierungsanträge mit Sicherungsbestimmungen) an bloß und unter Ausschaltung der alten Fraktion an. Die vom Hause beschlossene Ausschließung des Fürsten von Salm ist vom Reichstag bestätigt worden. Bei der Eröffnung des Reichstages wurden Fürst Salm-Salm und Reichsbürger Wermuth zu Vizepräsidenten gewählt.

gewordene, schon ganz verwichene Überlieferungen aus der Heidenzeit und trügerische Naturbeobachtungen spielen bei den abergläubischen Vorstellungen der Landbevölkerung eine große Rolle.

Der Dekorateur der französischen Republik. Das Pariser Blatt „Kappel“ schreibt folgendes zur Charakteristik des Präsidenten: „Früher füllte er in allen Zeitungen sechs Spalten, jetzt sechs Zeilen, noch etwas weniger als der Kriegsgewinnler oder die Engelmacherin... Wir erfahren von ihm nur, daß er unermüdet Dekorationen ausstellt. Er ist der Dekorateur der Republik. Die Zeitungen berichten, er besuche die Front. Es haben ihn aber so wenige gesehen, daß viele das für eine Sage halten. Neulich hörte ich in einem Urlaubszuge von ihm sprechen. Ein Poilu versicherte: „Ich habe ihn in unserem Abschnitt gesehen... Er hat uns 100 Franken geschenkt, damit wir auf sein Wohl trinken.“ — „Hundert Franken? Für deine Korporalschaft?“ — „Nein, für das Bataillon.“ — „Na, wenn der Mann weiß, was der Wein jetzt kostet, dann hat er verhindern wollen, daß ihr euch betrinkt.“

Die Bedeutung des Titels „Pascha“. Der türkische Titel „Pascha“ ist uns im Laufe der Zeit so geläufig geworden, daß sich nur wenige über seine Grundbedeutung den Kopf zerbrechen haben dürften. Die Herkunft des Wortes ist aber nicht uninteressant. Pascha, zusammengesetzt aus den persischen Worten Bai Schah, heißt der Fuß des Schahs und ist ein Rest jener persischen, von Xenophon überlieferten Staatsverwaltung, vermöge welcher Cyrus die von ihm eingefetzten Staatsbeamten seine Füße, Hände, Augen und Ohren nannte. Die Aufseher der inneren Staatsverwaltung waren die Augen, die gebietenden Rundschafter die Ohren, die Steuereintreiber die Hände, die Krieger die Füße des Königs, die Richter die Zungen der Gerechtigkeit; mit anderen Worten: die Staatsbeamten stellten die Sinne dar, was wohl das einfachste Bild für die Verrichtungen des Staatskörpers sein dürfte, die heute als Ministerien des Innern, des Krieges, der Finanzen und der Justiz anzusprechen wären. In dem Titel „Pascha“ hat sich die Spur dieser alten bildlichen Vorstellung bis auf heute erhalten.

Was alles mitgenommen wird. In den Kriegsfüch-Nachrichten lesen wir mit zu den unangenehmsten Erscheinungen in unserer Kriegsfüchentätigkeit gehört die Biegellosigkeit eines Teiles unserer Gäste. Diese Biegellosigkeit äußert sich zum Teil in dem geringen Respekt unserem Eigentum gegenüber. Wir haben bereits vor geraumer Zeit damit aufhören müssen, unseren Gästen Seitendeckel zur Verfügung zu stellen, da diese Seitendeckel

in kürzester Zeit gestohlen wurden. Diese Erscheinung macht sich jetzt auch in den Mittelstandskreisen geltend; wir werden auch hier zu derselben Maßregel gezwungen sein. In letzter Zeit machte sich nun in einer Reihe unserer Küchen auch das Bestreben der Gäste geltend, die Eßnapfe und Teller mitzunehmen. Dieser „Diebstahlerei“ müssen wir in entsetzender Weise entgegenreten.

Eine Grabkammer aus der Bronzezeit. Zwischen den schwäbischen Ortsgemeinden Königsbrunn und Bobingen im Gebiet des Neckars wurde ein mit Luffsteinen ausgelegter Steinbau im Boden gefunden. Es handelt sich um eine Grabkammer der frühesten Bronzezeit um 2000 v. Chr. Die in der Länge 3 Meter messende Kammer mit 1 Meter Breite weist Wände auf, die aus größeren und gezeichneten Luffsteinen gebildet sind; Luffplatten. Auf dem mit Flachsteinen ausgelegten Boden fand sich in Erde eingebettet das Skelett des dort Bestatteten, dem ein Bronzeblech mit Holzgriff, eine bronzene Armspirale und einige Drahtrollen als Schmuck beigegeben sind.

Der Gründer der japanischen Marine. Im Jahre 1597 rüsteten die Holländer eine kleine Flotte aus, die den äußersten Orient erschließen sollte. Der erste Steuermann eines dieser Schiffe war ein Engländer namens Adams. Von den fünf Schiffen, die in einem holländischen Hafen die Anker gelichtet hatten, kam nur ein einziges in Japan an, und zwar das, auf dem sich der Steuermann Adams befand. Die Besatzung wurde gefangen genommen; aber bald darauf berief der Fürst des Landes den Steuermann, der als ein kluger Mann bezeichnet worden war, an den Hof. Adams wurde sehr bald eine wichtige Persönlichkeit in Japan; er unterwies die Japaner im Bau von Schiffen nach europäischem Muster und bewährte sich so sehr, daß man ihn von der Rückkehr nach seiner Heimat mit sanfter Gewalt abhielt. Obwohl er bereits in England verheiratet war, heiratete er eine junge Japanerin und verstarb, als er 1638 starb, sein großes Vermögen zu gleichen Teilen seinen beiden Frauen. Dieser Adams war der eigentliche Gründer der japanischen Marine, die heute in der Welt eine so große Rolle spielt.

Liebe und Haß. In einer Leipziger Zeitung fand sich kürzlich folgendes Inserat: Emma Fiedel, Modistin, Hugo Franke, Magistratsbeamter, erlauben hier, ihre Verlobung ergeben mitzuteilen. Drei Wochen später standen an derselben Stelle zwei Anzeigen folgenden Wortlautes: Meine Verlobung mit der Schneiderin Emma Fiedel erkläre ich hiermit für aufgehoben. Hugo Franke, Magistratsbeamter. Die Verlobung mit dem

Strassenkehrer Hugo Franke erkläre ich meinerseits aufgehoben. Emma Fiedel, Modistin.

Der Buffard im Flugzeuggeschwader. Ein im Buffard stehender Offizier berichtet: „Unsere Schwärmer wurden eines Tages von zehn feindlichen Fliegern in bedeutender Höhe überflogen. Lange verfolgte ich die einen in einem starken Glase, als mir ein kleines Flugzeug seine gewandten Kreise besonders auffiel. Bald kam an der Spitze, bald umkreiste es das ganze Geschwader um sich am Ende wieder anzuschließen. Groß war mein Erstaunen, als es vom Geschwader abflog, und ich es endlich als einen — Buffard erkannte.“

über die Verführung der amerikanischen Soldaten in Europa stimmt das amerikanische „Veinjournal“ Damen“ eine heftige Klage an. Das Blatt sagt: „Sowas wir unsere Soldaten mit ihrem reinen Blut und den starken Weibern nur herüber, damit sie in den Straßen Londons vergiftet und zugrunde gerichtet werden, tut uns zu, die Jungen herzusenden, um sie zu verderben zu lassen. Das ist unfair gegen sie selbst, unfair gegen die Sache, wofür wir kämpfen und sicher unfair gegen die amerikanische Mutter. Wenn die amerikanischen Frauen wüßten, was in den Straßen vorgeht, dann würde ein Aufschrei hörbar sein, der das englische Volk äußerst peinlich wäre.“

Wiss und Wissen.

— Eisenbahn durch die Sahara. Neuerdings hat man sich in Frankreich wieder stark mit dem Gedanken, die Wüste Sahara durch einen Eisenbahnstrang zu durchqueren und so einen direkten Weg von Nordafrika nach dem westlichen und südlichen Kolonialgebieten Afrikas zu schaffen. Pariser Untergrundbahn hat durch ihren Vorstehenden die Anregung in dieser Frage bereits aufgegriffen. Berechnet den Preis für einen Kilometer der geplanten Saharabahn auf etwa 80 bis 100000 Franken. Die vom Mittelmeer nach Belgisch-Kongo wird in Zukunft sobald die Bahn gebaut ist) nur eine Woche dauern.

— Neuer Leiter der Nobel-Stiftung. Auf sein Amt ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, Graf A. F. C. Meister von der Stellung als Leiter der Nobel-Stiftung, Inspektor der Nobel-Institute der Akademie der Wissenschaften und der Schwedischen Akademie entbunden worden. Die Stellen sind dem Professor an der Universität Uppsala, Dr. J. S. G. Schöld übertragbar worden. Professor Schöld ist einer der „achtzehn Unsterblichen“ Schwedens, ein Mitglied der Akademie.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hachenburg.

Sämtliche Personen, die Schweine halten, auch solche, welche Schweine bei Landwirten untergebracht haben, haben dies am 28. d. Mts. vormittags von 9 bis 11 Uhr auf dem Bürgermeistertum unter Angabe der Zahl der vorhandenen Schweine, ungefähres Gewicht der Schweine sowie Zahl der Haushaltungsangehörigen anzugeben. Die Anmeldung liegt im Interesse der Schweinehalter. Hachenburg, den 25. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Am Mittwoch, den 30. und Donnerstag, den 31. ds. Mts. ist die Stromlieferung von morgens 7 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit wegen dringender Arbeit unterbrochen. Hachenburg, den 25. Oktober 1918.

Städtisches Elektrizitätswerk.

Beschluß. Auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 hat der Bezirksausschuß in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1918 beschlossen, die Schonzeit für Rehwild für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden auf das ganze Jahr auszudehnen. Bezüglich der Rehwild, Wachtel und Schottischen Vorchühner soll es bei dem gesetzlichen Beginne der Schonzeit — 1. Dezember — verbleiben. Wiesbaden, den 9. Oktober 1918.

Der Bezirksausschuß.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 22. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 16. Oktober 1918.

Betrifft Ablieferung von Honig.

An die Herren Imker des Kreises.

Von der Honigverteilungsstelle wird auf die ungenügende Honigablieferung verwiesen und gebeten, die Imker, die ihren Verpflichtungen zur Ablieferung von Honig nicht nachkommen, darauf hinzuweisen, daß sie von der weiteren Belieferung von Vorräten ausgeschlossen bleiben müssen, sofern sie nicht bestrebt sind, die Pflichtmengen nunmehr umgehend den Sammelstellen zuzuführen. Sofern einzelne Imker nicht im Stande sind, ihrer Abgabepflicht nachzukommen, sind von diesen Anträge auf Ermäßigung der Pflichtabgabe durch Vermittlung des Imkervereins an das Landesamt für Gemüse und Obst — Honigverteilungsstelle — in Berlin W 57, einzureichen.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die Imker auf die erlassenen Bestimmungen hinzuweisen.

Der Kreis-Ausschuß des Oberwesterwaldkreises.

Ulrici.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 22. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Marientberg, den 11. Oktober 1918.

Betr.: Kartoffelablieferung.

Ich habe leider die Beobachtung machen müssen, daß von den Landwirten fortgesetzt kleinere Mengen Kartoffeln ohne Bezugsscheine abgegeben werden. Abgesehen davon, daß dieses Verhalten verboten ist, und dem Kreise die Durchführung seiner Kartoffelwirtschaft sehr erschwert wird, werden sich Landwirte nach Abschluß der Wirtschaftskonten zu verantworten haben, wozu sie ihre Kartoffeln gebracht haben. Im Falle der Nachweis nicht erbracht werden kann, wird Anzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft erstattet werden müssen. Aber auch abgesehen hiervon, werden viele tausend Zentner Kartoffeln der Bewirtschaftung entzogen und müssen daher an anderer Stelle abgegeben werden. Wenn also bei Erfüllung der Kartoffelabgabe dem Kreis infolge dieser unrechtmäßigen Abgabe Kartoffeln fehlen, so muß er auf die für den Eigenverbrauch der Landwirte bestimmten Kartoffeln zurückgreifen.

Ich warne daher die Landwirte, Kartoffeln ohne Bezugsscheine abzugeben, und ersuche die Herren Bürgermeister gegen jede Uebertretungen unmissverständlich vorzugehen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Ulrici.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 18. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Zag. Nr. R. G. 8194. Marientberg, den 14. Oktober 1918.

Die Schließung der Oelmühle des Friedrich Börg zu Runderbach und derjenigen des Heinrich Kibner II. in Pirschfeld habe ich aufgehoben. Die beiden Oelmüller sind berechtigt, gegen Vorlage eines vom Kommunalverband ausgestellten Oelschlagsscheines, Oelfrüchte anzunehmen und zu verarbeiten, was ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis bringe.

Der Kreis-Ausschuß des Oberwesterwaldkreises.

Ulrici.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 18. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Karl Winter, Hachenburg

Fernsprecher Nr. 27.

In allen Längen halte stets reichlich am Vager:

Hobelbdielen, Dachbretter, Nutz- und Federbretter, Spaltbretter, Dielen, Spalier- und Dachlatten.

Traueranzeigen in Bogen- und Kartenform

liefert schnellstens Buchdruckerei Th. Kirchhölzl, Hachenburg.

Wiedersehen war seine und unsere Hoffnung!

So jung an Jahren, ohn' Echarmen
Riß Dich der Tod aus Eiternarmen,
Aus der Geschwister Mitte!

Die treue Elternherzen bluten,
Wenn unvermuet wie bekannt,
Daß man den Sohn, den braven,
guten,
Begraben hat im Feindesland.



So ruh' nun sanft in fremder Erde
Von diesem schweren Kampfe aus,
Bis Gott auch einst uns rufen
werde,
Auf Wiedersehn im Vaterhaus.

Die Liebe höret nimmer auf!

Büßlich und unerwartet erhielten wir die erschütternde Nachricht, daß unser innigstgeliebter, hoffnungsvoller und treuer Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Grenadier Julius Schmidt

10. Komp. 2. Garde-Reserve-Regiment

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse

an erhaltener schwerer Verwundung in einem Feldlazarett bei Cambrai im blühenden Alter von noch nicht 22 Jahren den Heldentod für das Vaterland gefunden hat.

Ueberaus schwer trifft uns dieser ernste Schmerz, da wir bereits vorher einen Sohn und einen Schwiegersohn im Kriege haben hingeben müssen.

Vaterland, du forderst nunmehr das Schwerste von uns!

Rudenbach, Kroppach, Wiesenhausen, Herxteroth, den 22. Oktober 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Bürgermeister a. D. Schmidt und Familie.

Als passende Geschenkartikel

empfehle

Herren- und Damenringe
in Gold, Double und Silber

Uhrketten, Medaillons, Brochen, Ohrringe

Spezialität: Fugenlose Trauringe.

Ernst Schulte, Uhrmacher
Hachenburg.

Magenwein

empfiehlt K. Hasbach, Hachenburg.

Suche für sofort

später ein

tüchtiges Mädel

Frau Karl Bierder

Hachenburg.

Erwachsene und

jugendliche

Arbeiter und

Arbeiterinnen

in dauernde Beschäftigung

gesucht.

Gustav Berger &

Hachenburg.

Wir suchen

für kaufmännische Kapazitäten

verkauftliche

jeder Art und an jedem

speziell Willen und Lust

mit Garten, ländliche

Wohn- und Geschäft

Bauerngüter usw.

Grundstücks-Offen- und

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,

Frankfurt a. M.,